K4 Mit soliden Finanzen für unsere Zukunft vorsorgen

Gremium:	Landesvorstand
Beschlussdatum:	16.10.2020
Tagesordnungspunkt:	TOP5.2 Grün wählen und Baden-Württemberg erhalten
Status:	Modifiziert

1 Kapitel 4: Finanzen

2 Mit soliden Finanzen für unsere Zukunft vorsorgen

3 Wir Grüne stehen für eine Finanzpolitik, die das Landesvermögen sichert und
4 stetig ausbaut, die mit den Steuermitteln der Bürger*innen sorgsam umgeht und
5 die gleichzeitig in die Zukunft investiert. Indem wir unsere Schwerpunkte klug
6 setzen, sorgen wir dafür, dass genügend Mittel bereitstehen – für die
7 Kernaufgaben des Landes und die Herausforderungen der Zukunft.

8 In der Pandemie konnte Baden-Württemberg einen umfangreichen Rettungsschirm
9 aufspannen. Das war möglich, weil die Finanzpolitik der grün-geführten
10 Landesregierung zuvor Steuergelder mit Bedacht eingesetzt hat. Wir haben
11 Schulden abgebaut, klug investiert und vor allem Vorsorge für zukünftige Risiken
12 getroffen. Unsere Schuldenbremse sorgt dafür, dass die Haushaltspolitik
13 dauerhaft nachhaltig bleibt und das Land in Krisenzeiten dennoch handlungsfähig
14 ist.

15 Die wirtschaftlichen Folgen der Coronakrise haben entschlossenes Handeln
16 verlangt. Als grün-geführte Landesregierung haben wir ein Corona-Rettungspaket
17 mit gewaltigen Summen auf den Weg gebracht, um die Wirtschaft zu stützen. So
18 haben wir Konkurse und Arbeitslosigkeit verhindert. Mit einem Förderprogramm für
19 Innovationsvorhaben bringen wir den Transformationsprozess voran. Unser Ziel:
20 Durch Erneuerung wollen wir gestärkt aus der Krise hervorgehen. Die hierfür
21 eingesetzten Milliarden auf Kreditbasis waren und sind in der katastrophalen
22 Notlage, die durch die weltweite Pandemie entstanden ist, gerechtfertigt.
23 Ansparen gegen diese Krise hätte die Wirtschaft noch tiefer in die Depression
24 gerissen. Der wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Schaden wäre
25 ohne die nötige Staatsverschuldung um ein Vielfaches höher gewesen. Klar ist
26 auch: Die aufgenommenen Schulden werden nach einem Tilgungsplan wieder abgebaut.

27 Mit der Landesvermögensrechnung haben wir 2017 ein neues Instrument eingeführt,
28 das es erstmals ermöglicht, die Vermögensentwicklung exakt zu messen und zu
29 steuern. Ein sorgsamer Umgang mit dem Landeseigentum bedeutet auch, Straßen,
30 Brücken und Gebäude zu erhalten und das Anlagevermögen des Landes zu stärken.
31 Daher haben wir das Bauprogramm des Landes ausgeweitet und umfangreiche
32 Sanierungsmittel bereitgestellt – für landeseigene Gebäude und Unikliniken, aber
33 auch für kommunale Gebäude wie Schulen.

34 Wir haben die Steuerverwaltung ausgebaut, digital fit gemacht und
35 Steuerschlupflöcher geschlossen. Eine gerechte Steuererhebung ist die Grundlage
36 der öffentlichen Haushalte. Wir haben den Service der Finanzämter für
37 Bürger*innen verbessert. Für die Grundsteuer haben wir mit der baden-
38 württembergischen Bodenwertsteuer ein gerechtes Modell gefunden, das wir
39 gemeinsam mit den Kommunen umsetzen.

40 Den weitaus größten Posten im Landeshaushalt machen die Ausgaben für Löhne und
41 Gehälter sowie für Pensionen aus, die das Land an Beamtinnen und Beamte sowie
42 Richter*innen zahlt. Damit zukünftige Generationen Spielräume haben, haben wir
43 die Zuführungen zu den Pensionsfonds des Landes deutlich erhöht. Zudem haben wir
44 auf Kriterien der Divestment-Bewegung umgestellt. Das bedeutet: Die Rücklagen
45 legen wir nach hohen ethischen und ökologischen Standards an.

46 Inhaltlich haben wir die Finanzpolitik des Landes erfolgreich an Nachhaltigkeit
47 und Innovation ausgerichtet. So sorgen wir für unsere Zukunft vor. Wir haben den
48 Breitbandausbau und die Digitalisierung vorangetrieben und die Mittel der
49 Hochschulen deutlich und dauerhaft erhöht. Auch in den Arten- und Klimaschutz
50 investieren wir umfangreich. So haben wir den Flächenankauf für den Naturschutz
51 ausgeweitet. Das Land baut nachhaltig und setzt verstärkt Holz und recycelte
52 Baustoffe ein. Bei landeseigenen Flächen und Gebäuden achten wir auf den
53 Klimaschutz. Inzwischen haben wir hier auf mehr als 100.000 Quadratmetern
54 Photovoltaik installiert. Die CO₂-Emissionen der Landesgebäude konnten wir
55 gegenüber 1990 halbieren. Die Landesunternehmen orientieren sich an den
56 Klimaszutzziele. Und mit der ForstBW hat der erste Landesbetrieb eine
57 Gemeinwohlbilanzierung vorgelegt.

58 Die Corona-Pandemie hat uns nochmals deutlich vor Augen geführt: Eine
59 vorausschauende Haushaltspolitik, die für Risiken vorsorgt und so im Krisenfall
60 handlungsfähig bleibt, ist elementar wichtig.

61 Die notwendigen Schutzmaßnahmen wirken sich auf die finanzielle Lage des Landes
62 aus. Für die nächsten Jahren bekommen wir es mit einigen Unwägbarkeiten zu tun.
63 Sicher ist: Die Kreditaufnahmen, die zur Bekämpfung der Corona-Pandemie und
64 ihren Folgen notwendig waren, bringen hohe Tilgungsverpflichtungen mit sich. Sie
65 werden die zukünftigen Landeshaushalte belasten. Hinzu kommen weitreichende
66 Steuerausfälle der Jahre 2020 und 2021, die schon jetzt im Haushalt sichtbar
67 sind. Nicht absehbar ist, wie sich die Wirtschaft in den kommenden Jahren
68 entwickeln wird. Direkt davon hängt ab, mit welchen Steuereinnahmen Baden-
69 Württemberg rechnen kann.

70 Nach Jahren des stetig wachsenden Haushaltsvolumens stehen wir in Baden-
71 Württemberg vor der Herausforderung, mit weniger Geld mehr erreichen zu müssen.
72 Das Land steht in den kommenden Jahren vor zusätzlichen Aufgaben, etwa aufgrund
73 der sich verschärfenden Klimakrise. Dies kann nur gelingen, wenn wir den
74 eingeschlagenen Kurs fortsetzen und weiterhin sorgsam und klug haushalten.

75 Grüne Finanzpolitik: transparent, nachhaltig, steuergerecht

76 Beim Landeshaushalt setzen wir auf Transparenz: Bürger*innen in einer liberalen
77 Demokratie müssen jederzeit nachvollziehen können, wofür das Land ihre
78 Steuergelder einsetzt und wie sich Finanzen und Vermögen entwickeln.

79 Alle finanzpolitischen Entscheidungen wollen wir am Kriterium der Nachhaltigkeit
80 messen. Baden-Württemberg soll nicht nur bei der Kreditwürdigkeit beste Noten
81 bekommen. Wir wollen auch bei Nachhaltigkeitsratings an der Spitze stehen. Die
82 Finanzanlagestrategie des Landes und die Landeshaushaltsordnung entwickeln wir
83 deshalb mit Blick auf die Pariser Klimaschutzziele weiter.

84 Die Grundstücke und Gebäude des Landes sind in einem guten Zustand. Und das
85 sollen sie auch bleiben! Wir stellen sicher, dass sie für künftige Generationen

86 bewahrt und vorbildlich bewirtschaftet werden. Damit leisten wir einen Beitrag
87 für den Erhalt der Artenvielfalt, für den Klimaschutz und den sozialen
88 Zusammenhalt. Ein wichtiger Baustein ist das Energie- und Klimaschutzkonzept
89 für landeseigene Liegenschaften. Dieses Konzept werden wir weiterhin konsequent
90 umsetzen und fortentwickeln.

91 Auch bei Beschaffungen des Landes und bei Förderprogrammen orientieren wir uns
92 an Kriterien der Nachhaltigkeit. Unternehmen, an denen das Land beteiligt ist,
93 bringen wir auf Klimaschutzkurs und stärken ihre Orientierung am Gemeinwohl.
94 Wir sind überzeugt: Was mit öffentlichem Geld unterstützt wird, muss dem
95 Gemeinwohl dienen!

96 Dass Baden-Württemberg die Corona-Krise gut meistern konnte, ist nicht zuletzt
97 ein Erfolg unserer starken mittelständischen Wirtschaft. Sie bringt Stabilität
98 und Innovationskraft zusammen. Nachhaltigkeit bedeutet für uns auch, die
99 Wirtschaft auf ihrem Weg in die Zukunft bei ihrem notwendigen Strukturwandel
100 bestmöglich zu unterstützen. Nur so bleibt Baden-Württemberg ein starkes Land,
101 das für die Aufgaben der Zukunft gerüstet ist.

102 Die Finanzierung der vielfältigen Aufgaben von Land und Kommunen steht und fällt
103 mit den Steuereinnahmen. Dabei ist uns Steuergerechtigkeit wichtig. Wir wollen
104 die Steuerverwaltung in allen Bereichen personell und technisch gut ausstatten –
105 bis hin zur Steuerfahndung. Bei der Weiterentwicklung des Steuerrechts
106 behalten wir unsere sozialen und ökologischen Ziele fest im Blick.

107 Wir Grüne stehen für eine sorgsame und vorsorgende Haushalts- und Finanzpolitik.
108 Um unsere grünen Ziele zu erreichen, setzen wir an sechs zentralen
109 Stellschrauben an:

110 Wir erhalten das Landesvermögen und entwickeln es weiter

111 Das öffentliche Anlagevermögen umfasst Gebäude, Straßen und weitere
112 Infrastruktur. Wesentliche Grundlage einer nachhaltigen Finanzpolitik ist für
113 uns, diese zu erhalten und weiterzuentwickeln – zukunftsfähig und
114 generationengerecht. Wir wollen weiter kraftvoll investieren, sodass die
115 jährlichen Investitionen dauerhaft die Höhe der Abschreibungen übersteigen. Der
116 Vermögenserhalt hat für uns den gleichen Stellenwert wie die Schuldenbremse.

117 Nach wie vor gibt es einen über Jahrzehnte gewachsenen Sanierungsstau: bei den
118 Landesgebäuden, -liegenschaften und -straßen, bei den Hochschulen und
119 Unikliniken. Wir haben begonnen, diesen Sanierungsstau abzubauen. Es bleibt aber
120 noch viel zu tun. Diese „versteckten“ Schulden belasten künftige Generationen
121 und schränken ihre Gestaltungsspielräume ein. Deshalb hat es für uns Vorrang,
122 die Gebäude und die Infrastruktur im Land konsequent weiter zu sanieren und
123 instand zu halten.

124 Keine ökologischen Schulden – wir setzen auf die „grüne Null“

125 Die Finanzpolitik des Landes wollen wir konsequent an dem Ziel ausrichten,
126 unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten und eine nachhaltige Entwicklung
127 zu fördern. Mehr noch als der Erhalt des öffentlichen Anlagevermögens ist der
128 Schutz des Klimas und der Artenvielfalt die existenzielle Grundlage einer
129 generationengerechten Politik. Unser Reichtum an natürlichen Ressourcen darf
130 nicht länger auf Verschleiß gefahren werden. Wir wollen eine erfolgreiche
131 Finanzpolitik nicht mehr an einer „schwarzen Null“ messen. Wir setzen vielmehr

132 die „grüne Null“ als Ziel. Das ist eine Finanzpolitik, die das Landesvermögen
133 erhält, notwendige Investitionen tätigt und zugleich auf ökologische Schulden
134 verzichtet.

135 Investitionen in den Klima- und Artenschutz bekommen Vorrang. Das Land hat
136 Vorbildfunktion, auch als Bauherr. Neben hohen Standards bei Energieeffizienz
137 und Baustoffen werden wir den systematischen Einsatz eines CO₂-Schattenpreises
138 von 180 Euro in diesem Bereich vorantreiben. Das bedeutet: Wir berechnen die
139 ökologischen Kosten, die gewöhnlich nach außen verlagert werden, und
140 berücksichtigen sie bei der Entscheidung über Bauvergaben und Beschaffungen.

141 Mit einem Green Bond Baden-Württemberg haben wir ein Anleihen-Programm
142 initiiert, mit dem Anleger*innen am Kapitalmarkt gezielt in ökologisch
143 nachhaltige Vorhaben des Landes investieren können. Wir machen damit keine neuen
144 Schulden. Vielmehr schichten wir bestehende konventionelle Finanzierungsformen
145 des Landes durch eine regelmäßige, jährliche Ausgabe von ökologischen Anleihen
146 sukzessive um.

147 Baden-Württemberg ist damit das erste Bundesland, das ökologisch nachhaltige
148 Anleihen nach den Kriterien der EU-Taxonomie für ökologisch nachhaltige
149 Wirtschaftsaktivitäten an den Markt bringt. Diese anspruchsvolle EU-Kriterien
150 waren im Sommer 2020 verabschiedet worden. Maßnahmen, die über Green Bonds
151 Baden-Württemberg finanziert werden, müssen einen substanziellen Beitrag zu den
152 sechs Umweltzielen der EU leisten. Sie werden damit zugleich für eine breitere
153 Öffentlichkeit und den Kapitalmarkt sichtbar und transparent.

154 Mit seinen Green Bonds spricht das Land gezielt die wachsende Zahl an Investoren
155 an, die mit hohem ökologischem Anspruch nach Nachhaltigkeitskriterien
156 investieren wollen. Zugleich befördert das Land damit die Entwicklung des Markts
157 für nachhaltige Finanzprodukte. Es wirkt als Vorbild für die regionale
158 Wirtschaft und andere staatliche Akteure.

159 Landesdomänen und -betriebe sowie Unternehmen, an denen das Land beteiligt ist,
160 werden wir noch konsequenter zur Einhaltung unserer Ziele des Klima- und
161 Artenschutzes verpflichtet. Dabei gilt es, gesellschaftsrechtlichen
162 Rahmenbedingungen zu beachten.

163 Bevor wir den Landeshaushalt aufstellen, wollen wir künftig regelmäßig alle
164 Haushaltsposten auf ihre Vereinbarkeit mit dem Klima- und Artenschutz
165 überprüfen. Dies betrifft insbesondere Subventionen, Förderprogramme und
166 Finanzhilfen. Das Ergebnis dieser Prüfung wird in die Haushaltsaufstellung
167 einfließen. Förderprogramme, die diesen Zielen entgegenstehen, wollen wir
168 gegebenenfalls neu ausrichten.

169 Bei den Pensionsfonds des Landes haben wir in der vergangenen Legislaturperiode
170 erfolgreich eine Divestment-Strategie implementiert. Bis zum Jahr 2022 werden
171 wir in der Finanzanlagestrategie des Landes die Ausrichtung auf das 1,5 Grad-
172 Ziel und die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen per Gesetz verankern.
173 Das bedeutet, dass wir die Gelder des Landes aus Anlagen abziehen, die diesen
174 Kriterien nicht entsprechen.

175 Baden-Württemberg wird Marktplatz für Nachhaltigkeit

176 Nachhaltigkeit im Finanzsystem – oder „Sustainable Finance“: Dafür setzen wir
177 uns ein. Den Finanzplatz Baden-Württemberg wollen wir bei dieser Entwicklung

178 unterstützen. Auf Bundes- und europäischer Ebene wirken wir darauf hin,
179 verlässliche Regeln und Investitionssicherheit für nachhaltige Geldanlagen zu
180 schaffen. So können wir die notwendige Transformation – von Geschäftsmodellen
181 und der Wirtschaft insgesamt – verlässlich gestalten und gleichzeitig die
182 Stabilität des Finanzmarktes erhöhen.

183 Eine Gemeinwohnbilanz macht transparent, wie die Wertschöpfung eines
184 Unternehmens zum Gemeinwohl beiträgt. Diese Bilanz liefert den Betrieben,
185 Einrichtungen und Institutionen selbst vertiefte Einblicke in die Nachhaltigkeit
186 ihres wirtschaftlichen Handelns. In dem Prozess werden Entwicklungspotenziale
187 und neue Strategien für die Zukunft sichtbar. Ökologische, soziale und
188 ökonomische Risiken können besser abgeschätzt werden. Zugleich schafft eine
189 Gemeinwohnbilanz eine hohe Transparenz für die Konsument*innen: Sie können ihre
190 Kaufentscheidung daran ausrichten, ob und in welchem Umfang ein Unternehmen mit
191 seinen Produkten und Dienstleistungen dem Gemeinwohl dient.

192 In Baden-Württemberg haben in den vergangenen Jahren immer mehr Unternehmen mit
193 dieser nachhaltigen Art der Bilanzierung begonnen. Wir wollen sie unterstützen
194 und diese Initiativen bekannter machen. Auch als Land wollen wir vorbildhaft
195 vorgehen. In den nächsten Jahren sollen alle Landesunternehmen eine
196 Gemeinwohnbilanz vorweisen, so wie es der Landesbetrieb Forst Baden-Württemberg
197 vormacht. Bis zum Ende der Legislaturperiode sollen mindestens zehn weitere
198 Landesbetriebe und Unternehmen mit Landesbeteiligung folgen.

199 Die Erkenntnisse, die dieses Pilotprojekt und die weiteren Schritte bringen,
200 werden wir allen interessierten Unternehmen zur Verfügung stellen. So wollen wir
201 dazu beitragen, solche nachhaltigkeitsorientierten Bilanzierungsformen weiter zu
202 etablieren.

203 Für eine starke Finanz- und Steuerverwaltung

204 Eine starke, hochqualifizierte und modern ausgestattete Finanz- und
205 Steuerverwaltung ist unser Schlüssel zu mehr Steuergerechtigkeit und soliden
206 Finanzen. Die Besteuerung muss gerechter werden. Dafür wollen wir das
207 Steuerrecht anpassen. Im Bund werden wir uns dafür einsetzen, kleinere und
208 mittlere Einkommen gezielt zu entlasten. Wir treten ein für eine konsequente
209 Ökologisierung des Steuerrechts und für mehr Geschlechtergerechtigkeit im
210 Steuerwesen. Die Grundsteuer wollen wir um eine „Grundsteuer C“ auf Bauland
211 erweitern. Damit schieben wir Bodenspekulationen einen Riegel vor und setzen
212 Anreize, innerörtliche Baulücken zu schließen.

213 Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, Steuerstraftäter*innen effektiv und
214 konsequent zu verfolgen.

215 Für attraktive Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst

216 In den vergangenen Legislaturperioden haben wir die langjährige schwarz-gelbe
217 Politik des Stellenabbaus gestoppt. Wir haben die Finanz- und Steuerverwaltung
218 mit mehr Ausbildungsplätzen, zusätzlichen Stellen, Stellenanhebungen und einer
219 moderneren Ausstattung gestärkt. Wir haben kräftig in die Digitalisierung
220 investiert und Besoldung und Arbeitsbedingungen verbessert. All das hat die
221 Attraktivität für Bewerber*innen erhöht.

222 Diesen Weg wollen wir konsequent weitergehen. Es gibt noch viel zu tun – im
223 Wettbewerb um die besten Fachkräfte und den Nachwuchs genauso wie im Kampf gegen

224 Steuerhinterziehung. Unsere Schwerpunkte: offene Stellen schnell besetzen und
225 die Digitalisierung weiter vorantreiben.

226 Attraktiv bedeutet: Die Mitarbeitenden finden eine sinnstiftende Tätigkeit,
227 bestmögliche Arbeitsbedingungen und gute Verdienst- und Karrierechancen. In der
228 vergangenen Legislaturperiode haben wir viel dafür getan, zum Beispiel mit
229 tariflichen und besoldungsrechtlichen Maßnahmen. Aber auch Jobticket,
230 Radleasing, die digitale Ausstattung von Arbeitsplätzen und flexibleres mobiles
231 Arbeiten haben den öffentlichen Dienst attraktiver gemacht. Um gegenüber der
232 Privatwirtschaft konkurrenzfähig zu bleiben, werden wir diesen Weg konsequent
233 weitergehen. Wir wollen Baden-Württemberg zum attraktivsten Arbeitgeber unter
234 den Ländern machen!

235 Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wollen wir noch weiter verbessern. Der
236 öffentliche Dienst muss sich vielfältigen Arbeitswelten und flexiblen
237 Arbeitszeiten anpassen. Und er muss sich an zeitgemäßen Maßstäben orientieren:
238 bei der technischen Ausstattung genauso wie bei Arbeitsorganisation,
239 Personalführung und -management. Die Digitalisierung der öffentlichen
240 Verwaltung ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass Nachwuchskräfte sich
241 auch in Zukunft für den öffentlichen Dienst entscheiden.

242 Der öffentliche Dienst ist dann attraktiv, wenn sich hier die Vielfalt der
243 Gesellschaft widerspiegelt. Daher wollen wir Zugänge weiter öffnen. Wer sich
244 persönlich bewährt und entsprechend fortgebildet hat, sollte einen
245 Laufbahnwechsel ohne weitere Prüfungen vollziehen können.

246 Die sachgrundlose Befristung im öffentlichen Dienst wollen wir weiter
247 zurückdrängen. Wir wollen Lebensarbeitszeitkonten einführen, damit Beschäftigte
248 ihre Arbeitszeit an ihre individuelle Lebenssituation und ihre aktuellen
249 Bedürfnisse anpassen können. Beamt*innen wollen wir den Zugang zur gesetzlichen
250 Krankenversicherung erleichtern. Entscheiden sie sich dafür, sollen sie keine
251 höheren Beiträge zahlen müssen als Tarifbeschäftigte.

252 Darum Grün!

253 Wer Grün wählt, stimmt für

- 254 • ein kluges und sorgsames Haushalten sowie den Erhalt und die
255 Weiterentwicklung des Landesvermögens
- 256 • die konsequente Ausrichtung der Finanzpolitik an Nachhaltigkeit und
257 Klimaschutz
- 258 • attraktive Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst, in der Steuer- und
259 Finanzverwaltung